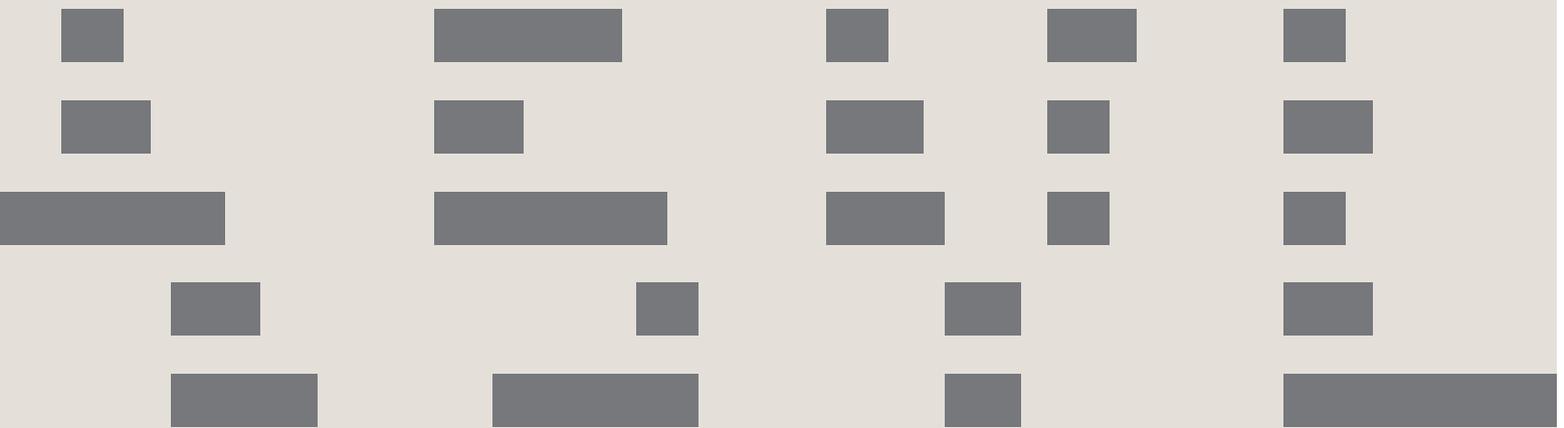


# Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014

Ergebnisse einer repräsentativen  
Umfrage

durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach  
im Auftrag der Robert Bosch Stiftung





Vorwort	5
Zusammenfassung der Ergebnisse	7
Die Ergebnisse im Einzelnen	11
Dem Eindruck der Bevölkerung nach kommen derzeit viele Asylbewerber nach Deutschland, vor allem wegen Bürgerkrieg, politischer Verfolgung und aus wirtschaftlichen Gründen	11
Gut jeder fünfte Bürger hat persönliche Berührungspunkte mit Asylbewerbern – verbreitetes Interesse, Asylbewerber und ihre Geschichte näher kennenzulernen	18
Die Mehrheit der Bevölkerung plädiert für strenge Asylregeln, Verfolgte sowie Kriegs- und Katastrophenflüchtlinge sollen aber Aufnahme finden	23
Die Ablehnung von Asylbewerberheimen vor Ort hat in den letzten 20 Jahren abgenommen	28
Zwei Drittel der Bevölkerung können sich vorstellen, Asylbewerber zu unterstützen, vor allem durch konkret-persönliche Hilfen	32
Asylbewerber als Potenzialträger: Skepsis bei der Qualifikation, aber wer Asylbewerber näher kennt, ist mehrheitlich überzeugt, dass Deutschland von der Arbeitskraft der Asylbewerber profitieren könnte	36
Die Robert Bosch Stiftung und das Institut für Demoskopie Allensbach	39
Impressum	40



# Vorwort

Weltweit sind rund 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Auch wenn nur vergleichsweise wenige von ihnen den Weg nach Europa und Deutschland einschlagen, steigen auch hier die Flüchtlingszahlen derzeit rasch an. 2013 wurden rund 130.000 Asylbegehren bei deutschen Behörden gestellt, für 2014 werden rund 200.000 erwartet. Diese Entwicklung stellt Städte und Gemeinden in Deutschland vor große Herausforderungen: Die Menschen, die zu uns kommen, müssen angemessen untergebracht und betreut werden. Zudem brauchen sie für die Dauer ihres Aufenthaltes bei uns eine sinnvolle Perspektive und die Erfahrung gesellschaftlicher Akzeptanz.

Für die kommenden Jahre wird ein weiterer Anstieg der Zuwanderung von Asylsuchenden erwartet. Die Krisen im Nahen und Mittleren Osten sowie in den Ländern Nord- und Zentralafrikas zwingen dort immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen und in Europa und damit auch in Deutschland Zuflucht zu suchen.

Die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Asylbewerbern ist für die Kommunen sowie für die Bürgerinnen und Bürgern nicht neu. So mussten 1992 in Folge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien rund 440.000 Flüchtlinge und Asylsuchende in Deutschland versorgt werden. Nach diesen Spitzenwerten an Asylanträgen zu Beginn der 1990er-Jahre fielen die Zahlen, auch als Ergebnis der Änderungen im Zuwanderungsgesetz, Jahr für Jahr. Erst nach 2010 begannen die Zahlen aufgrund der Krisen im Süden und Osten sowie im Südosten Europas wieder zu steigen.

Wie nimmt die Bevölkerung in Deutschland Asylsuchende wahr? Mit welcher Haltung treten die Menschen in Deutschland jenen gegenüber, die bei uns humanitären Schutz suchen? Die positive Nachricht ist: 66 Prozent der Bevölkerung in Deutschland können sich vorstellen, Asylbewerber persönlich zu unterstützen, unter anderem durch Sachspenden sowie ehrenamtliche Hilfe. Zudem geht gut ein Drittel der Bevölkerung (34 Prozent) davon aus, dass Deutschland von der Arbeitskraft von Asylbewerbern profitieren könne. Allerdings haben nur 5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland einen engen persönlichen Kontakt zu Asylbewerbern, 42 Prozent fänden es aber spannend, Asylsuchende und deren persönlichen Geschichten näher kennenzulernen. Personen, die engen Kontakt zu Asylbewerbern haben, werten diesen Kontakt von Mensch zu Mensch positiv.

Zu diesen Ergebnissen kommt die vorliegende repräsentative Studie, die wir vom Institut für Demoskopie Allensbach durchführen ließen. Die Ergebnisse dieser aktuellen Befragung wurden zudem mit Ergebnissen von Befragungen verglichen, die das Allensbacher Institut in den 1990er-Jahren durchgeführt hatte. Der Vergleich zeigt, dass Deutschland heute gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen, die aus humanitären Gründen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden und zu uns kommen, offener ist, als dies vor rund 20 Jahren der Fall war.

In vielen Dörfern, Städten und Gemeinden haben sich Freundeskreise für Flüchtlinge und Asylsuchende gebildet. Die Studie zeigt, dass die Bereitschaft zu helfen, Freundschaften zu schließen und die Menschen, die zu uns kommen, mit ihren Geschichten und Schicksalen näher kennenzulernen, sehr groß ist.

Genau dies wollen wir als Robert Bosch Stiftung fördern. Wir wollen Raum für Begegnung und Austausch schaffen und ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Lehrkräfte und Kulturschaffende in ihren Anstrengungen unterstützen, Asylbewerbern die Orientierung in Deutschland zu erleichtern und ihre Aufnahme und Integration zu begleiten. Darüber hinaus wollen wir den Austausch zwischen Praxis, Forschung, Zivilgesellschaft und Politik anregen, um geeignete Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wie wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam bewältigen können.

**Dr. Ingrid Hamm**

Geschäftsführerin Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung hat das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer bevölkerungsrepräsentativen Studie beauftragt, um vor dem aktuellen Hintergrund die Haltungen der Bevölkerung gegenüber Asylbewerbern und zur Asylfrage generell zu ermitteln. Zwischen dem 28. Mai und dem 13. Juni 2014 wurde dazu vom Allensbacher Institut ein repräsentativer Querschnitt von insgesamt 1.503 Personen ab 16 Jahren befragt. Für einige der Fragen konnte dabei auf Trenddaten aus dem Allensbacher Archiv zurückgegriffen werden, sodass Veränderungen dieser Indikatoren über einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren dargestellt werden können. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung sind im Folgenden zusammengefasst.

## Nach dem Eindruck der Bevölkerung kommen derzeit viele Flüchtlinge ins Land – vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge

Rund zwei Drittel der deutschen Bevölkerung haben den Eindruck, dass derzeit viele Asylbewerber nach Deutschland kommen. Die Gründe für Asylbegehren sind dem Eindruck der Bevölkerung nach breit gefächert. Sowohl akute existenzielle Notlagen und Verfolgung in der Heimat werden von weiten Teilen der Bevölkerung als häufige Gründe vermutet, als auch wirtschaftliche Motive sowie vermeintlich niedrige Hürden des deutschen Asylrechts bzw. der Asylpraxis. Mit 83 Prozent am häufigsten nimmt die Bevölkerung als Grund für Asylbegehren in Deutschland derzeit Bürgerkriege im Heimatland der Flüchtlinge an. Das ist deutlich häufiger als bei einer vergleichbaren Erhebung vor rund 30 Jahren.

## Mehrheitliches Votum für strenge Asylregeln, aber auch für die Aufnahme von Verfolgten und Personen in akuten existenziellen Notlagen

Eine mit 59 Prozent deutliche Mehrheit der Bevölkerung spricht sich für strenge Asylregeln in Deutschland aus. Gleichzeitig sind aus Sicht einer jeweiligen Mehrheit der Bevölkerung persönliche Verfolgung und akute existenzielle Bedrohungen legitime Gründe, um in Deutschland um Asyl nachzusuchen. Genannt werden hier insbesondere ein Krieg oder Bürgerkrieg im Heimatland, politische und religiöse Verfolgung sowie die Verfolgung aus anderen Gründen, z. B. wegen der Hautfarbe oder der sexuellen Orientierung, sowie Hunger- und Naturkatastrophen. Die Mehrheit der Bevölkerung hält eine Aufnahme von Asylbewerbern oder Flüchtlingen dagegen für nicht gerechtfertigt, wenn die Gründe für das Asylgesuch im weitesten Sinne wirtschaftlicher Art sind.

Viele von der Bevölkerung als wichtig vermutete Asylgründe werden somit zwar als gerechtfertigt betrachtet, andere dagegen nicht. Vor diesem Hintergrund ist auch das mehrheitliche Votum für strenge Asylregeln zu verstehen: Die Bevölkerung möchte offenbar unterschieden wissen zwischen Asylbewerbern, die aufgrund persönlicher Verfolgung oder akuter existenzieller Bedrohung bei uns – legitimerweise – um Asyl nachsuchen, und solchen, die »nur« aus wirtschaftlichen Gründen kommen oder gar das vermeintlich laxe deutsche Asylrecht ausnutzen. Denn selbst Verfechtern strenger Asylregeln gelten Krieg oder Bürgerkrieg im Heimatland, politische oder religiöse Verfolgung oder eine Hungerkatastrophe mehrheitlich als legitimer Asylgrund.

#### Weniger starke Ablehnung von Asylbewerberheimen als noch vor 20 Jahren

Für den Fall, dass im eigenen Ort ein neues Asylbewerberheim eingerichtet werden soll, würde ein knappes Viertel der Bevölkerung eine Bürgerinitiative gegen den Bau des Asylbewerberheimes mit der eigenen Unterschrift unterstützen. Auf der anderen Seite würde ebenfalls rund ein Viertel der Bevölkerung eine Bürgerinitiative mit der eigenen Unterschrift unterstützen, die sich gegen solche Proteste gegen ein Asylbewerberheim wendet, und sich in diesem Sinne für den Bau des Heims aussprechen. Vor rund 20 Jahren war die Ablehnung von Asylbewerberheimen vor Ort noch deutlich verbreiteter: 1992 hätten noch 37 Prozent der Bevölkerung eine Bürgerinitiative per Unterschrift unterstützt, um den Bau eines Asylbewerberheims zu verhindern.

#### Wenig enger privater Kontakt zu Asylbewerbern, aber verbreitet Interesse, Asylbewerber näher kennenzulernen, und große Hilfsbereitschaft

Nur insgesamt 5 Prozent der Bevölkerung haben engen privaten Kontakt zu Asylbewerbern, sei es, dass sie mit ihnen befreundet sind, ihnen in der Freizeit helfen oder dass die eigenen Kinder engen Kontakt zu Kindern von Asylbewerbern haben. Berufliche Kontakte und nachbarschaftliche Kontakte sind zwar jeweils etwa doppelt so häufig, aber rund die Hälfte der Bevölkerung hat gar keine Berührungspunkte mit Asylbewerbern, nicht einmal, dass sie ihnen z. B. auf der Straße oder beim Einkaufen begegnen. In der Bevölkerung besteht aber verbreitet Interesse daran, Asylbewerber, ihre persönliche Geschichte und die Gründe, aus denen sie in Deutschland Asyl suchen, näher kennenzulernen: 42 Prozent fänden das interessant, 40 Prozent dagegen weniger interessant.

Die Mehrheit der Bevölkerung kann sich vorstellen, Asylbewerber aktiv zu unterstützen, vor allem durch Sachspenden. Die Bereitschaft zu persönlicher Hilfe, neben Sachspenden z. B. auch beim Deutsch lernen oder bei Behördengängen, ist dabei deutlich weiter verbreitet als die Bereitschaft zu »politischer« Unterstützung, z. B. indem man sich an einer Unterschriftenaktion beteiligt oder Leserbriefe schreibt.

### Asylbewerber als Potenzialträger

Viele Menschen in Deutschland sehen Asylbewerber nicht nur als wirtschaftliche Belastung für unser Land, sondern auch als Potenzialträger, von deren Arbeitskraft Deutschland profitieren könnte. Rund ein Drittel der Bevölkerung ist überzeugt, dass viele Unternehmen in Deutschland die Arbeitskraft der Asylbewerber gut gebrauchen könnten. Personen, die Asylbewerber persönlich kennen, weil sie engen privaten oder beruflichen Kontakt haben, vertreten sogar zu über 50 Prozent diese Ansicht.



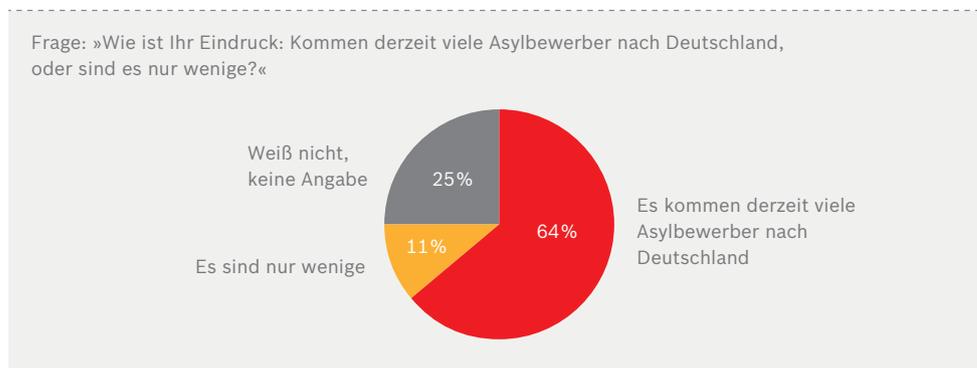
# Die Ergebnisse im Einzelnen

**Dem Eindruck der Bevölkerung nach kommen derzeit viele Asylbewerber nach Deutschland, vor allem wegen Bürgerkrieg, politischer Verfolgung und aus wirtschaftlichen Gründen.**

Die Bevölkerung hat ganz überwiegend den Eindruck, dass derzeit viele Asylbewerber nach Deutschland kommen. Rund zwei Drittel der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren geben dies zu Protokoll. Nur 11 Prozent haben demgegenüber den Eindruck, dass derzeit nur wenige Asylbewerber in unser Land kommen. Der mit 25 Prozent vergleichsweise hohe Anteil derjenigen, die in dieser Frage keine Einschätzung abgeben können (oder wollen), ist ein Indiz dafür, dass dieses Thema große Teile der Bevölkerung derzeit nicht intensiv beschäftigt (Schaubild 1).

Schaubild 1

Rund zwei Drittel der Bevölkerung haben den Eindruck, dass derzeit viele Asylbewerber nach Deutschland kommen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Die Gründe, aus denen Asylbewerber bei uns Zuflucht suchen, sind dem Eindruck der Bevölkerung nach breit gefächert. Weite Teile der Bevölkerung sehen sowohl existenzielle Not und Verfolgung in der Heimat als Ursachen als auch wirtschaftliche Gründe und vermeintlich niedrige Hürden des deutschen Asylrechts bzw. der Asylpraxis.

Mit 83 Prozent am häufigsten vermutet die Bevölkerung als wichtigen Grund für Asylbegehren in Deutschland Bürgerkriege im Heimatland der Flüchtlinge. Für diese Einschätzung dürfte die Medienberichterstattung über den Bürgerkrieg in Syrien und die Flucht großer Teile der dortigen Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen. Fast genauso häufig nimmt die Bevölkerung allerdings auch wirtschaftliche Gründe für die Asylbegehren an, sowie - konkreter - den Wohlstand in Deutschland. Jeweils rund drei Viertel der Bevölkerung äußern sich in dieser Weise. Ähnlich häufig wird politische Verfolgung im Heimatland als Fluchtgrund vermutet, weniger häufig

dagegen, nur von etwa der Hälfte der Bevölkerung, religiöse Verfolgung und deutlich weniger häufig die Verfolgung aus anderen Gründen, z. B. wegen der sexuellen Orientierung. Jeweils knapp die Hälfte der Bevölkerung nimmt daneben die in Deutschland vermeintlich niedrigen Hürden als Gründe für Asylbegehren an, sei es, dass es generell leicht sei, hierzulande Asyl zu bekommen, sei es, dass auch Personen, die nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden, ein Bleiberecht erhalten oder bis zu einer Ablehnung des Asylverfahrens viele Jahre in Deutschland bleiben dürfen (Schaubild 2). Insgesamt halten 68 Prozent der Bevölkerung das deutsche Asylrecht oder seine Handhabung für einen der wesentlichen Gründe, aus denen Asylbewerber in Deutschland Zuflucht suchen.

Schaubild 2

Bürgerkrieg, politische Verfolgung im Heimatland sowie wirtschaftliche Gründe werden von der Bevölkerung am häufigsten als Motive für Asylgesuche vermutet



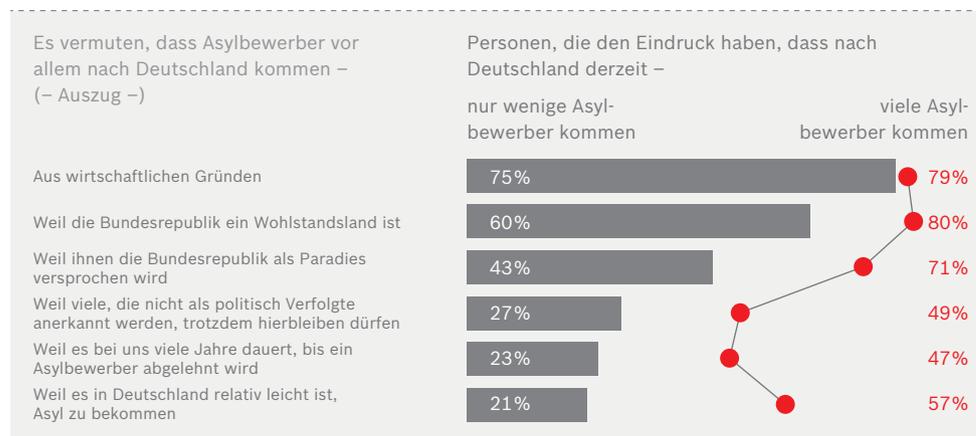
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Zwischen der Einschätzung, wie viele Asylbewerber derzeit nach Deutschland kommen, und den vermuteten Gründen für die Suche nach Asyl findet sich dabei ein deutlicher Zusammenhang: Personen, die den Eindruck haben, dass derzeit nur wenige Asylbewerber nach Deutschland kommen, vermuten deutlich weniger häufig, dass Asylbewerber vom Wohlstand in Deutschland oder von den vermeintlich niedrigen Hürden zur Erlangung eines Bleiberechts angezogen werden. Allerdings: Dass wirtschaftliche Motive bei Asylbegehren eine wichtige Rolle spielen, vermuten auch gut drei Viertel dieses Personenkreises – ein fast genauso hoher Anteil wie unter Personen, die den Eindruck haben, es kämen derzeit viele Asylbewerber ins Land (Schaubild 3).

Schaubild 3

Personen, die den Eindruck haben, dass derzeit nur wenige Asylbewerber nach Deutschland kommen, vermuten den Wohlstand in Deutschland und laxe Asylregeln weniger häufig als Grund für Asylsuche



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren

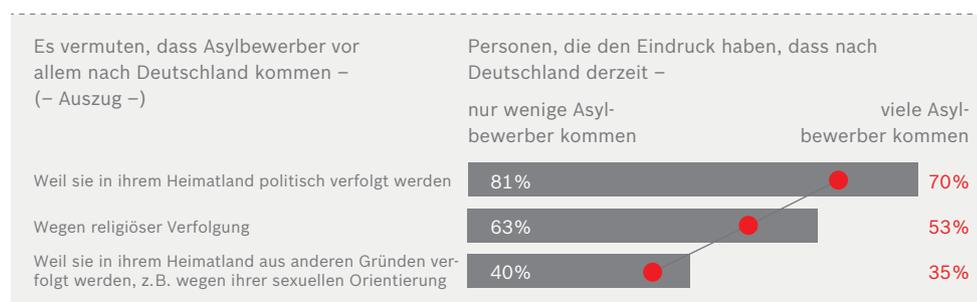
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Überdurchschnittlich häufig vermuten Personen, die derzeit eher wenige Asylbewerber nach Deutschland kommen sehen, dagegen Verfolgung im Heimatland als Fluchtmotiv – sei es politische, religiöse oder Verfolgung aus anderen Gründen (Schaubild 4).

Schaubild 4

Wer den Eindruck hat, dass derzeit nur wenige Asylbewerber nach Deutschland kommen, vermutet als Fluchtgrund häufiger Verfolgung im Heimatland



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

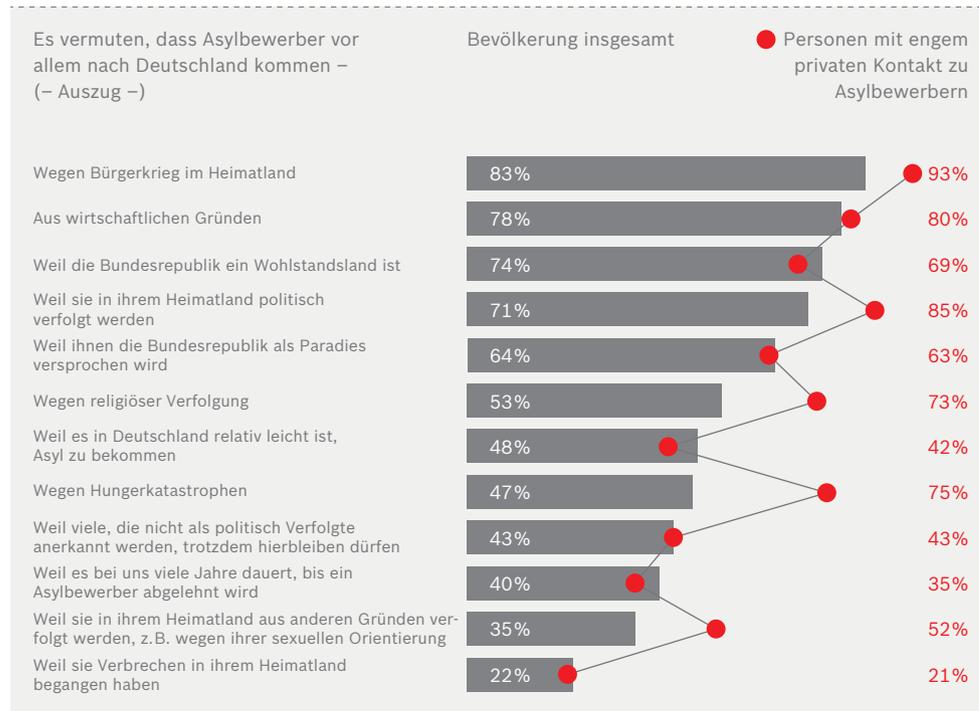
Wer engen privaten Kontakt zu Asylbewerbern hat<sup>1</sup> – ein mit 5 Prozent vergleichsweise kleiner Teil der Bevölkerung – vermutet deutlich überdurchschnittlich häufig existenzielle Notlagen (Bürgerkrieg, Hungerkatastrophen) oder Verfolgung, sei es aus politischen, religiösen oder anderen Gründen, als Motiv für die Asylsuche in Deutschland (Schaubild 5).

Verfolgung und Bürgerkrieg werden auch von Personen mit höherer Schulbildung, d. h. mindestens Fachhochschulreife, tendenziell überdurchschnittlich häufig als Fluchtgründe vermutet, der Wohlstand in Deutschland, vermeintlich niedrige Hürden für ein Bleiberecht sowie, dass Asylbewerber in ihrem Heimatland ein Verbrechen begangen haben, dagegen überdurchschnittlich häufig von Personen mit einfacher Schulbildung (Tabelle 1).

1 Das sind Personen, die mit einem Asylbewerber zusammen leben, mit Asylbewerbern befreundet sind, in der Freizeit oft mit Asylbewerbern zusammen sind oder ihnen helfen, oder deren Kinder mit Kindern von Asylbewerbern befreundet sind oder mit ihnen spielen (vgl. Schaubild 7a, Seite 9).

Schaubild 5

Personen mit engem Kontakt zu Asylbewerbern sehen Krieg, Verfolgung und Hungerkatastrophen überdurchschnittlich häufig als Fluchtgründe



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Tabelle 1

## Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren

Vermutete Gründe, aus denen Asylbewerber nach Deutschland kommen – Ergebnisse nach Bildungsschichten				
Frage: »Was vermuten Sie: Aus welchen Gründen kommen Asylbewerber vor allem zu uns? Könnten Sie mir das nach dieser Liste hier sagen?«				
	Bevölkerung insgesamt	Schulbildung		
		einfach	mittel	hoch
	%	%	%	%
<b>Es vermuten, dass Asylbewerber vor allem nach Deutschland kommen –</b>				
Wegen Bürgerkrieg im Heimatland	83	80	84	86
Aus wirtschaftlichen Gründen	78	74	80	79
Weil die Bundesrepublik ein Wohlstandsland ist	74	77	77	70
Weil sie in ihrem Heimatland politisch verfolgt werden	71	68	73	73
Weil ihnen die Bundesrepublik als Paradies versprochen wird	64	70	64	58
Wegen religiöser Verfolgung	53	51	53	56
Weil es in Deutschland relativ leicht ist, Asyl zu bekommen	48	55	51	35
Wegen Hungerkatastrophen	47	49	49	43
Weil viele, die nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden, trotzdem hierbleiben dürfen	43	50	43	36
Weil es bei uns viele Jahre dauert, bis ein Asylbewerber abgelehnt wird	40	46	52	33
Weil sie in ihrem Heimatland aus anderen Gründen verfolgt werden, z.B. wegen ihrer sexuellen Orientierung	35	36	33	38
Weil sie Verbrechen in ihrem Heimatland begangen haben	22	29	20	15

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

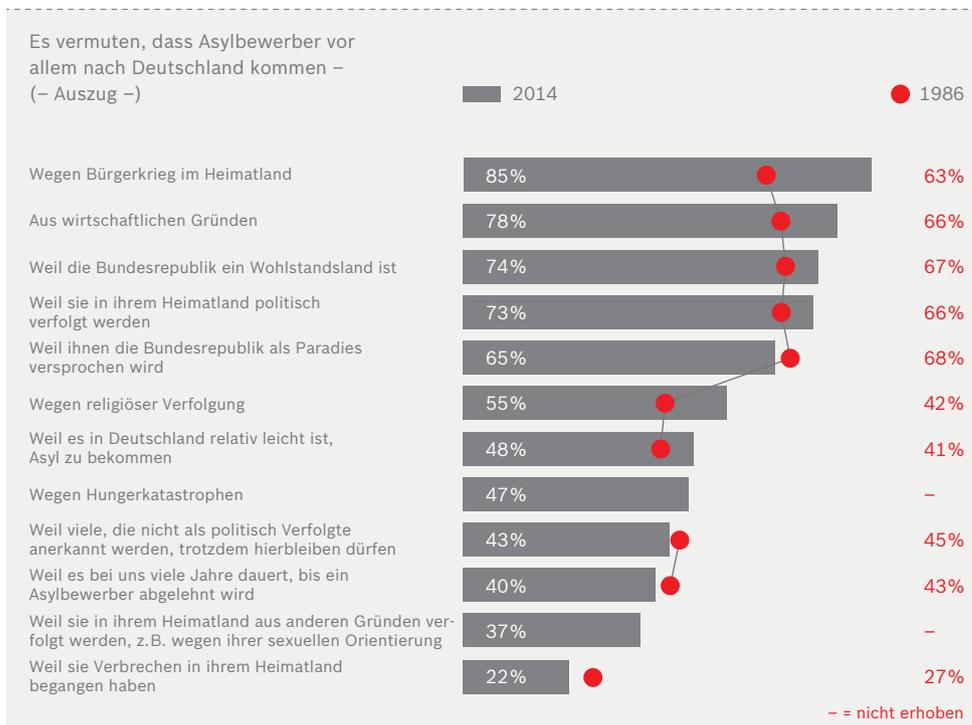
© IfD-Allensbach

In Westdeutschland sind die von der Bevölkerung vermuteten Gründe für die Asylsuche in Deutschland erstmals 1986 erhoben worden. Im Vergleich zu damals wird heute deutlich häufiger ein Bürgerkrieg im Heimatland als Fluchtgrund vermutet – ein Effekt, der wohl mit der aktuellen Medienberichterstattung über den Bürgerkrieg in Syrien zusammenhängt, – ebenso wie religiöse Verfolgung, aber auch allgemeine wirtschaftliche Gründe. Tendenziell weniger häufig als damals vermutet die (westdeutsche) Bevölkerung als Gründe für die Asylanträge dagegen ein Bleiberecht auch für diejenigen, die nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden, sowie die lange Dauer der Asylverfahren.

Während 1986 mit knappem Vorsprung am häufigsten vermutet wurde, dass Asylbewerber zu uns kämen, weil ihnen die Bundesrepublik als Paradies versprochen wurde, wird heute ein Bürgerkrieg im Heimatland am häufigsten als Fluchtgrund angenommen (Schaubild 6).

Schaubild 6

Bürgerkrieg, religiöse Verfolgung und wirtschaftliche Gründe werden heute von der (westdeutschen) Bevölkerung deutlich häufiger als Fluchtmotive vermutet als vor rund 30 Jahren



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

**Gut jeder fünfte Bürger hat persönliche Berührungspunkte mit Asylbewerbern – verbreitetes Interesse, Asylbewerber und ihre Geschichte näher kennenzulernen**

Die persönlichen Kontakte der Bevölkerung zu Asylbewerbern sind insgesamt begrenzt. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat engen privaten Kontakt zu Asylbewerbern: 2 Prozent sind mit Asylbewerbern befreundet, jeweils 1 Prozent hilft Asylbewerbern in der Freizeit oder ist in der Freizeit oft mit Asylbewerbern zusammen, hat Kinder, die mit Kindern von Asylbewerbern befreundet sind oder mit ihnen spielen. Mit einem Asylbewerber zusammen leben weniger als 0,5 Prozent der Bevölkerung. Insgesamt haben 5 Prozent der Bevölkerung auf (mindestens) eine der genannten Weisen engen privaten Kontakt zu Asylbewerbern. Etwas häufiger ist der berufliche Kontakt. 11 Prozent der Bevölkerung haben dienstlich oder geschäftlich mit Asylbewerbern zu tun oder haben unter Kollegen oder Mitarbeitern Asylbewerber. Bei 12 Prozent der Bevölkerung wohnen Asylbewerber in der Nachbarschaft oder - seltener - im selben Haus.

Mit insgesamt 40 Prozent ist der Kreis derer, die aussagen, gelegentlich Asylbewerbern zu begegnen, sei es auf der Straße, beim Einkaufen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, dagegen deutlich größer. Daneben geben 11 Prozent zu Protokoll, es gäbe ein Asylbewerberheim am Ort. Rund die Hälfte der Bevölkerung trifft allerdings gar nicht mit Asylbewerbern zusammen, d. h. für sie trifft keiner der vorgenannten Punkte zu (Schaubilder 7a und 7b).

Insbesondere der berufliche Kontakt zu Asylbewerbern ist im Westen etwas verbreiteter als im Osten, in kleinen Gemeinden weniger häufig als in mittleren und größeren Städten. Auch auf der Straße und in öffentlichen Verkehrsmitteln trifft nach eigener Aussage die Bevölkerung kleiner Gemeinden seltener Asylbewerber als die Bevölkerung mittlerer und größerer Städte. In Wohnorten mit weniger als 10.000 Einwohnern haben 52 Prozent der Bevölkerung keinerlei Kontakt zu Asylbewerbern, in Städten ab 100.000 Einwohnern dagegen nur 40 Prozent.

Schaubild 7a  
Kontakte mit Asylbewerbern



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Schaubild 7b  
Kontakte mit Asylbewerbern



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

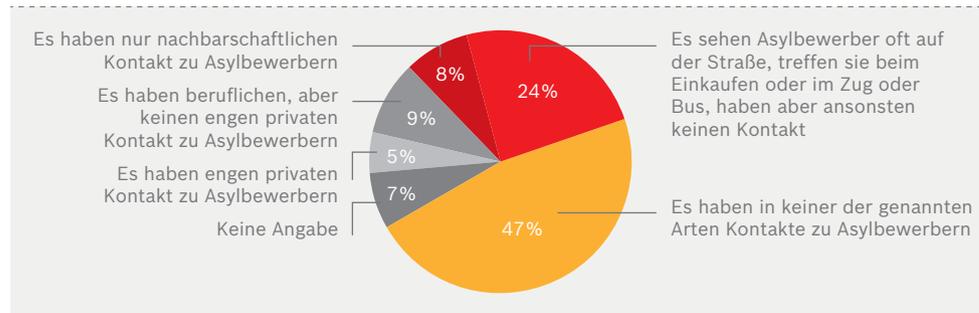
© IfD-Allensbach

Die verschiedenen Arten des Kontakts mit Asylbewerbern sind nicht überschneidungsfrei, d. h. Personen, die engen privaten Kontakt haben, haben z. T. auch beruflichen Kontakt usw. Rechnet man diese Überschneidungen heraus, haben (immerhin) 22 Prozent der Bevölkerung persönliche Berührungspunkte mit Asylbewerbern: Neben den 5 Prozent der Bevölkerung mit engem privaten Kontakt zu Asylbewerbern haben 9 Prozent beruflichen, aber keinen engen privaten Kontakt und weitere 8 Prozent nachbarschaftlichen Kontakt, ohne private oder berufliche Berührungspunkte zu haben.

Daneben begegnen 24 Prozent gelegentlich Asylbewerbern auf der Straße, beim Einkaufen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, ohne darüber hinaus persönliche Berührungspunkte zu haben, und 47 Prozent der Bevölkerung haben auf keine der genannten Weisen Kontakt mit Asylbewerbern (Schaubild 8).

Schaubild 8

## Bevölkerungssegmente nach ihrer Kontaktintensität mit Asylbewerbern



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Im Vergleich zu 1993 berichtet die Bevölkerung heute von weniger Kontakten zu Asylbewerbern. Das trifft auf praktisch alle Formen des Kontakts zu, betrifft aber den persönlichen Kontakt viel weniger stark als die gelegentliche Nähe zu Asylbewerbern, sei es, dass man Asylbewerber auf der Straße, beim Einkaufen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln sieht.

So ist der Anteil der Bevölkerung, der von einem engen privaten Kontakt mit Asylbewerbern berichtet, im Vergleich zu 1993 von 7 auf 5 Prozent zurückgegangen, der Anteil der Bevölkerung, der nachbarschaftlichen Kontakt hat, von 16 auf 12 Prozent und der Anteil mit beruflichem Kontakt mit 11 Prozent stabil geblieben.

Dagegen haben 1993 noch 58 Prozent der Bevölkerung davon berichtet, Asylbewerber gelegentlich auf der Straße zu sehen, ihnen beim Einkaufen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln zu begegnen, heute geben dies nur 40 Prozent der Bevölkerung zu Protokoll. Dabei geht dieser Rückgang der »gelegentlichen räumlichen Nähe« praktisch ausschließlich auf einen Rückgang in den westlichen Bundesländern zurück: Die Anteile der Bevölkerung im Westen, die Asylbewerber auf der Straße oder beim Einkaufen treffen, sind von 55 Prozent auf 31 Prozent bzw. von 41 Prozent auf 26 Prozent deutlich zurückgegangen.

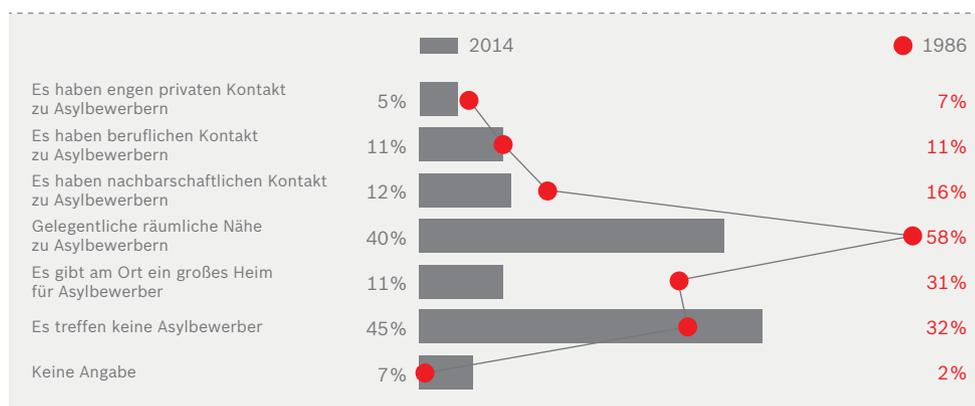
Und auch die Anteile derer, die zu Protokoll geben, es gebe bei ihnen am Ort ein Asylbewerberheim, sind gegenüber 1993 von 31 Prozent auf 11 Prozent zurückgegangen. Auch dieser Rückgang fällt dabei im Westen deutlich stärker aus (von 33 Prozent auf 10 Prozent) als im Osten (von 21 Prozent auf 12 Prozent).

Entsprechend ist umgekehrt der Anteil derer gestiegen, die auf keinerlei Weise mit Asylbewerbern in Kontakt kommen, von 32 Prozent (1993) auf aktuell 45 Prozent (Schaubild 9).

Die Entwicklung der von der Bevölkerung berichteten Kontakte ist vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Deutschland plausibel. So hatten die Asylbewerberzahlen 1992 mit rund 440.000 Erst- und Folgeanträgen in Deutschland den bislang höchsten Stand erreicht, 1993 wurde mit rund 320.000 der zweithöchste Stand verzeichnet.<sup>2</sup> Dem stehen rund 130.000 Anträge in 2013 gegenüber, eine Zahl, die 2014 allerdings vermutlich überschritten wird.<sup>3</sup>

Schaubild 9

Die Bevölkerung berichtet heute von weniger Kontakten zu Asylbewerbern als 1993



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

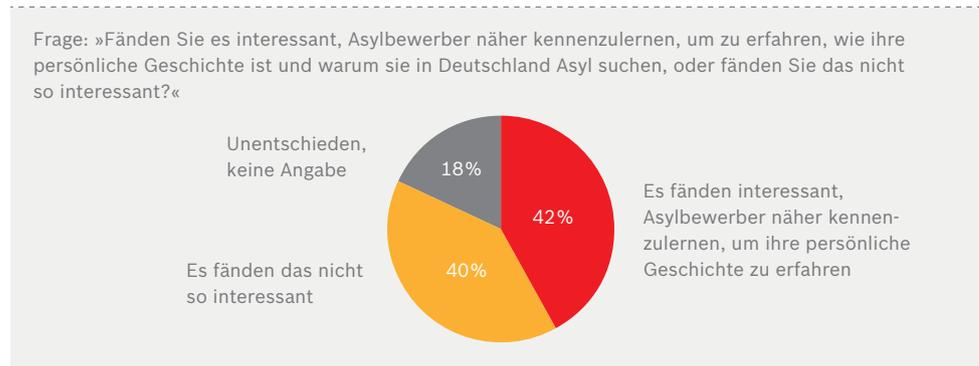
In der Bevölkerung deutlich verbreiteter als der tatsächliche enge private Kontakt mit Asylbewerbern ist das Interesse daran, Asylbewerber, ihre persönliche Geschichte und die Gründe, aus denen sie in Deutschland Asyl suchen, näher kennenzulernen. 42 Prozent fänden das interessant, ein mit 40 Prozent in etwa genauso großer Anteil der Bevölkerung dagegen weniger interessant (Schaubild 10).

<sup>2</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2013, Seite 11

<sup>3</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe Juni 2014, Seiten 3 bis 5

Schaubild 10

### In der Bevölkerung besteht verbreitet Interesse, Asylbewerber und ihre Geschichte kennenzulernen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

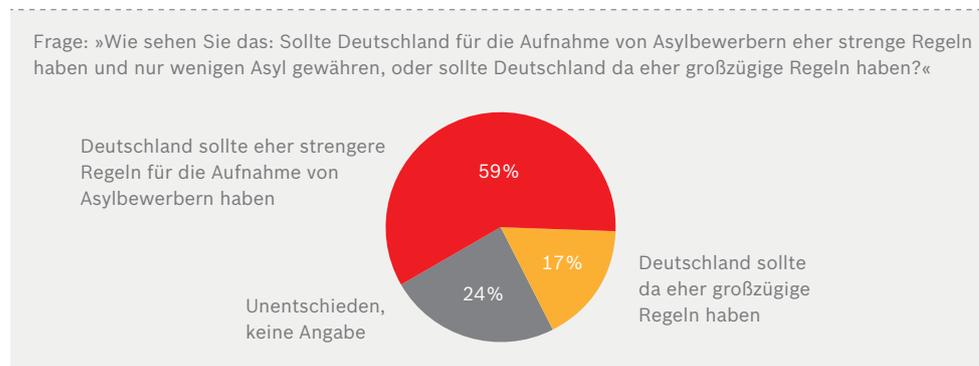
© IfD-Allensbach

### Die Mehrheit der Bevölkerung plädiert für strenge Asylregeln, Verfolgte sowie Kriegs- und Katastrophenflüchtlinge sollen aber Aufnahme finden

Obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung auch existenzielle Notlagen, insbesondere Bürgerkriege, als wesentliche Motive für Asylbegehren in Deutschland vermutet<sup>4</sup>, plädieren 59 Prozent für strenge Asylregeln, d. h. dafür, nur wenigen hierzulande Asyl zu gewähren. Demgegenüber sprechen sich nur 17 Prozent ausdrücklich für großzügige Asylregeln in Deutschland aus. Auch hier zeigt der mit 24 Prozent vergleichsweise hohe Anteil Unentschiedener, dass diese Frage derzeit offenbar kein »heißes Thema« für weite Teile der Bevölkerung ist (Schaubild 11).

Schaubild 11

### Die Mehrheit der Bevölkerung plädiert für strenge Regeln zur Aufnahme von Asylbewerbern



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

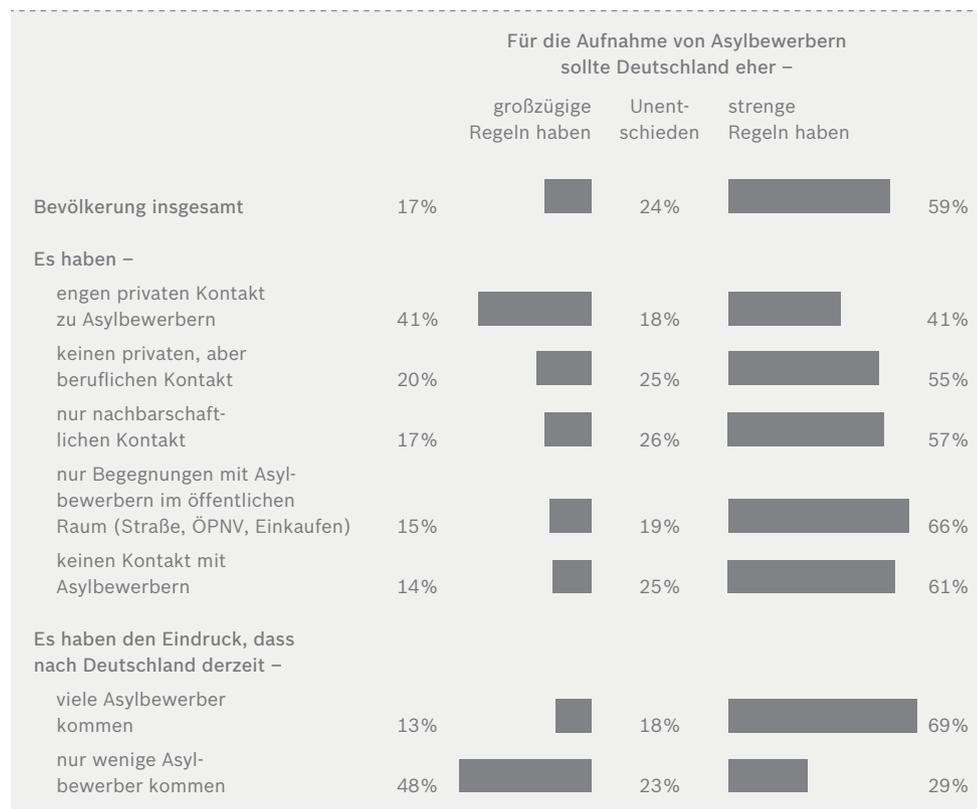
© IfD-Allensbach

Die Anteile derer, die für ein strenges bzw. für ein großzügiges Asylrecht plädieren, variieren in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So ist der Anteil derer, die sich für ein strenges Asylrecht aussprechen, in den östlichen Bundesländern überdurchschnittlich hoch. In höheren Bildungsschichten votiert dagegen ein vergleichsweise hoher Anteil für großzügige Regeln. Gleichwohl bleibt das aber auch in diesen Gruppen die Überzeugung einer Minderheit (Schaubild 12).

Im Gegensatz dazu sprechen sich Personen, die engen privaten Kontakt zu Asylbewerbern haben, genauso häufig für großzügige wie für strenge Asylregeln aus, Personen, die den Eindruck haben, derzeit kämen nur wenige Asylbewerber nach Deutschland, sogar mehrheitlich für großzügige Regelungen.

Schaubild 12

Wer privat engen Kontakt zu Asylbewerbern hat, oder überzeugt ist, dass derzeit nur wenige Asylbewerber nach Deutschland kommen, plädiert häufiger für ein großzügiges Asylrecht



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Die Gründe, die eine Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Deutschland rechtfertigen, sieht die deutsche Bevölkerung differenziert. Denn auch wenn die Bevölkerung mehrheitlich für ein strenges Asylrecht votiert, sind Krieg, Verfolgung und Katastrophen im Heimatland aus Sicht jeweils einer Mehrheit der Bevölkerung Gründe, die eine Aufnahme von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen in Deutschland rechtfertigen. Mit 87 Prozent am häufigsten wird dabei von der Bevölkerung Krieg oder Bürgerkrieg im Heimatland des Asylbewerbers als legitimer Aufnahmegrund akzeptiert, es folgen politische und religiöse Verfolgung, Hungerkatastrophen, die Verfolgung aus anderen Gründen, z. B. wegen der Hautfarbe oder der sexuellen Orientierung, und Naturkatastrophen wie Erdbeben.

Die Mehrheit der Bevölkerung hält eine Aufnahme von Asylbewerbern oder Flüchtlingen dagegen für nicht gerechtfertigt, wenn die Gründe für das Asylgesuch im weitesten Sinne wirtschaftlicher Art sind. Selbst wenn jemand in seinem Heimatland keine Existenzgrundlage hat und sich oder seine Familie nicht ernähren kann, rechtfertigt dies nach Ansicht von 54 Prozent nicht, in Deutschland Aufnahme zu finden. Ebenso lehnt die Mehrheit eine Aufnahme von Flüchtlingen ab, die in Deutschland arbeiten wollen, um ihre Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen. Noch weniger häufig gelten der Bevölkerung deutsche Angehörige als ausreichender Grund für eine Aufnahme im Land, am wenigsten häufig die Verfolgung des Asylsuchenden wegen Straftaten in seinem Heimatland, die hierzulande nicht unter Strafe stehen, wie z. B. Ehebruch (Schaubild 13).

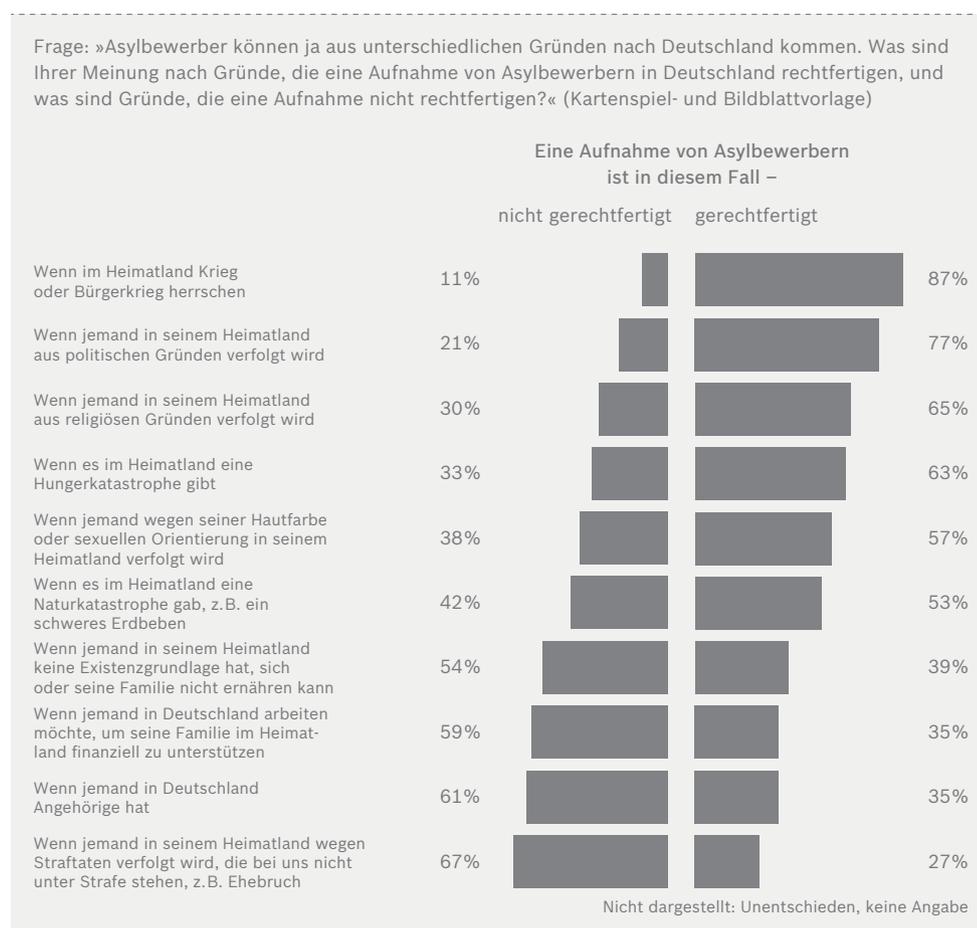
Die von der Bevölkerung am häufigsten als gerechtfertigt akzeptierten Asylgründe – Krieg bzw. Bürgerkrieg und politische Verfolgung – finden sich auch unter den am häufigsten vermuteten tatsächlichen Gründen für Asylbegehren in Deutschland.<sup>5</sup>

Insgesamt halten 88 Prozent der Bevölkerung mindestens einen der von ihnen selbst vermuteten wichtigsten Gründe für die Asylsuche in Deutschland für einen Grund, der die Aufnahme in Deutschland rechtfertigt. Zudem halten insgesamt 68 Prozent der Bevölkerung (siehe S. 12) das deutsche Asylrecht oder seine vermeintlich laxen Handhabung für einen wesentlichen Grund, aus dem Asylbewerber zu uns kommen. Die Gründe, aus denen Asylbewerber zu uns kommen, werden mehrheitlich offenbar weder pauschal für gerechtfertigt, noch pauschal für ungerechtfertigt gehalten.

In diesem Sinne dürfte auch das mehrheitliche Votum für strenge Asylregeln zu interpretieren sein. Die Bevölkerung möchte hier offenbar genau differenziert wissen zwischen Asylbewerbern mit aus ihrer Sicht gerechtfertigten Asylgründen und jenen, die in den Augen der Bevölkerung keine ausreichenden Gründe für eine Aufnahme haben.

Schaubild 13

Legitime Asylgründe aus Bevölkerungssicht: Krieg, Verfolgung, Hunger- und Naturkatastrophen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

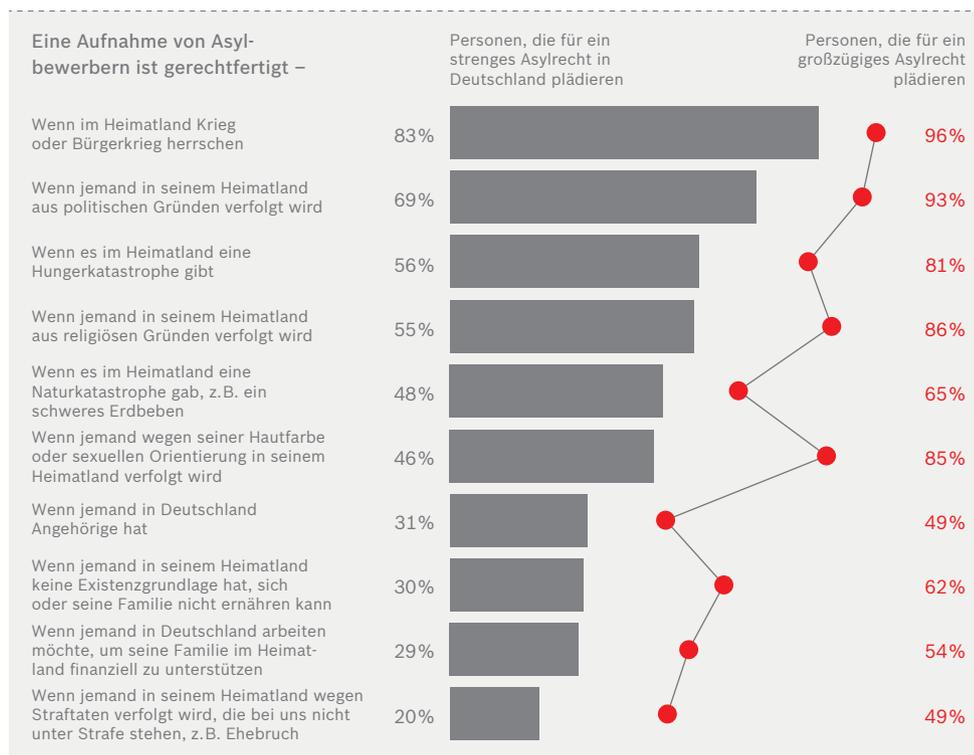
Krieg oder Bürgerkrieg im Heimatland, politische Verfolgung, eine Hungerkatastrophe oder religiöse Verfolgung werden dabei auch von Verfechtern einer strengen Asylpolitik jeweils mehrheitlich als Gründe akzeptiert, die eine Aufnahme in Deutschland rechtfertigen. Dass dies legitime Gründe für ein Asylbegehren sind, ist in der Bevölkerung also vergleichsweise wenig strittig.

Auf der anderen Seite stoßen Asylbegehren aus wirtschaftlichen Motiven jenseits von existenziellen Notlagen in der Bevölkerung auf breite Ablehnung. Denn selbst von denjenigen, die sich grundsätzlich für großzügige Asylregeln aussprechen, hält nur rund die Hälfte eine Aufnahme für gerechtfertigt, wenn der Asylbewerber in Deutschland arbeiten möchte, um seine Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen. Ähnliches gilt für ein Gesuch um Aufnahme in Deutschland, das mit einem Angehörigen in Deutschland begründet wird, oder wenn der Asylbewerber in seiner Heimat wegen eines Verbrechens verfolgt wird, das hierzulande nicht unter Strafe steht.

Besonders weit gehen die Urteile zwischen den Verfechtern einer strengen und einer großzügigen Asylpolitik auseinander, wenn es um Asylbewerber geht, die in ihrem Heimatland aus anderen als aus politischen oder religiösen Gründen, also z. B. wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer sexuellen Orientierung, verfolgt werden. Hier halten 85 Prozent der Personen, die für großzügige Asylregeln plädieren, eine Aufnahme für gerechtfertigt, dagegen nur 46 Prozent der Personen, die strenge Asylregeln favorisieren (Schaubild 14).

Schaubild 14

Selbst für Personen, die für ein strenges Asylrecht plädieren, sind Krieg, politische oder religiöse Verfolgung und Hunger mehrheitlich ein legitimer Asylgrund



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

### Die Ablehnung von Asylbewerberheimen vor Ort hat in den letzten 20 Jahren abgenommen

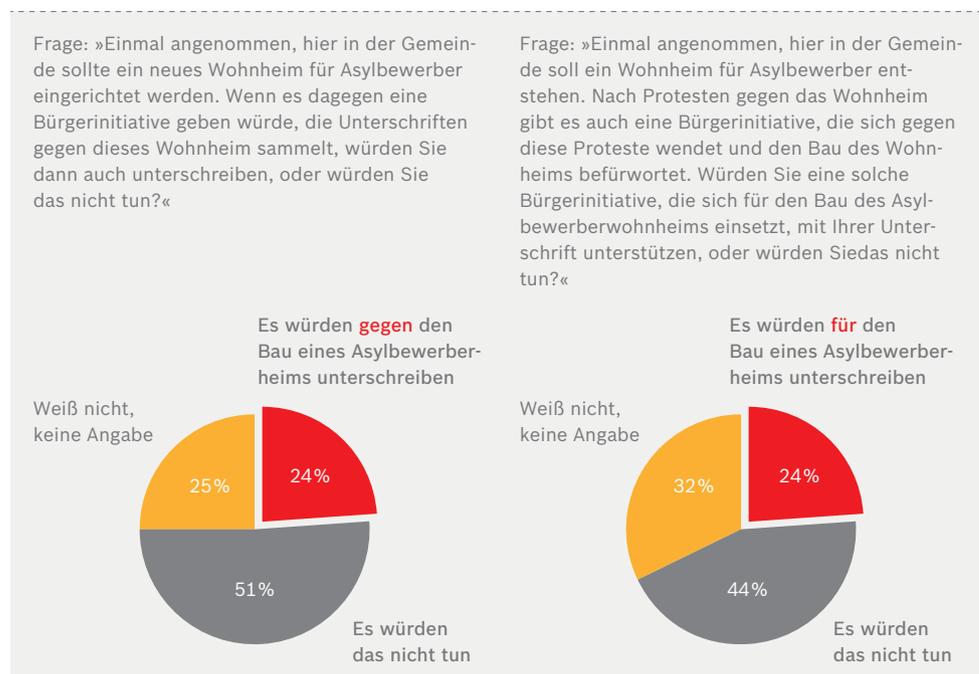
So wie die Bevölkerung die Motive der Asylbewerber, aus denen sie nach Deutschland kommen, mehrheitlich nicht pauschal für gerechtfertigt oder ungerechtfertigt hält, fällt auch die Haltung zu einem Asylbewerberheim vor Ort eher gespalten aus, und nur Minderheiten würden sich – für den Fall, dass vor Ort ein neues Asylbewerberheim eingerichtet werden sollte – gegen oder für ein solches Heim engagieren.

So würde ein knappes Viertel der Bevölkerung in diesem Fall eine Bürgerinitiative gegen den Bau des Asylbewerberheimes mit seiner Unterschrift unterstützen. Rund die Hälfte der Bevölkerung würde dies ausdrücklich nicht tun, ein weiteres Viertel ist in dieser Frage unentschieden.

Auf der anderen Seite würde ebenfalls rund ein Viertel der Bevölkerung eine Bürgerinitiative mit seiner Unterschrift unterstützen, die sich gegen etwaige Proteste gegen das Asylbewerberheim wendet und den Bau des Heims in diesem Sinne unterstützt. In dieser Frage zeigt sich rund ein Drittel der Bevölkerung unentschieden, 44 Prozent würden für das Anliegen einer solchen Bürgerinitiative ausdrücklich nicht unterschreiben (Schaubild 15).

Schaubild 15

Jeweils rund ein Viertel der Bevölkerung würde Bürgerinitiativen gegen bzw. für die Errichtung eines Asylbewerberheims am Ort unterstützen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

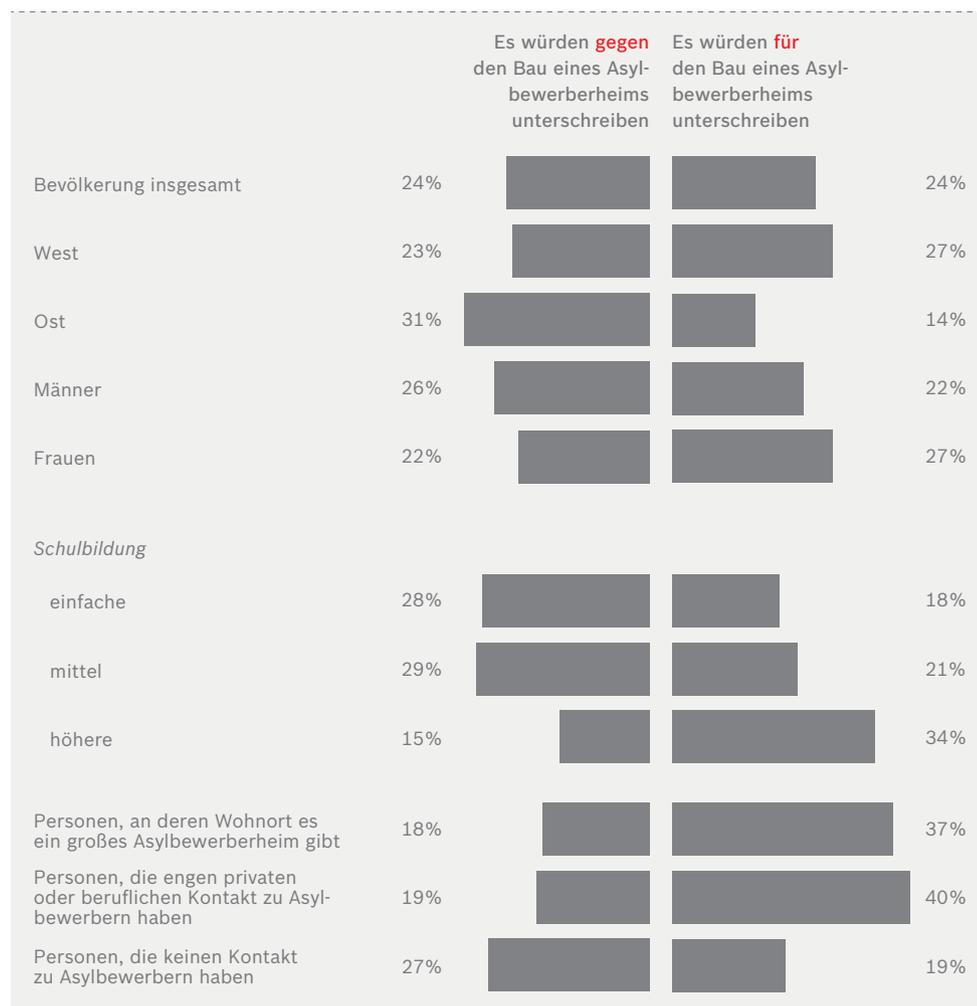
© IfD-Allensbach

Die Anteile potenzieller Ablehner bzw. Unterstützer des Baus eines Asylbewerberheims vor Ort unterscheiden sich dabei in verschiedenen Teilgruppen der Bevölkerung. Während im Westen die Anteile der Unterstützer die Anteile der Ablehner leicht überwiegen, sind im Osten Ablehner mehr als doppelt so häufig vertreten wie Befürworter. Männer sind tendenziell etwas häufiger Ablehner als Befürworter – bei Frauen ist es umgekehrt. Personen mit höherem Bildungsabschluss würden mehr als doppelt so häufig für die Unterstützung des Baus eines Asylbewerberheims unterschreiben als für seine Verhinderung. Gleiches gilt für Personen, an deren Ort bereits ein Asylbewerberheim besteht, sowie für Personen mit engem privatem Kontakt

zu Asylbewerbern (Schaubild 16). In Großstädten über 100.000 Einwohner ist der Anteil derer, die ihre Unterschrift gegen die Errichtung eines Asylbewerberheims geben würden, mit 32 Prozent dagegen überdurchschnittlich groß.

Schaubild 16

Haltungen zu einem Asylbewerberheim vor Ort:  
Unterschiede in Teilgruppen der Bevölkerung



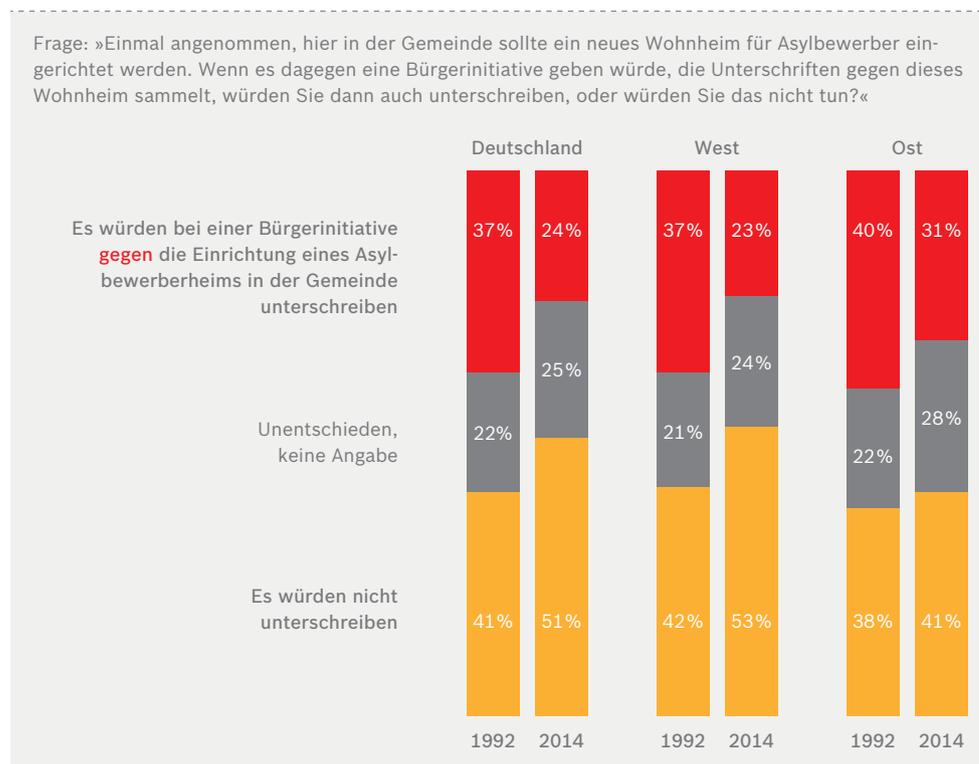
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Im Vergleich zu einer Erhebung dieser Frage 1992 fällt die Ablehnung der Errichtung eines Asylbewerberheims vor Ort heute deutlich geringer aus. Während 1992 noch 37 Prozent eine Bürgerinitiative, die einen solchen Bau verhindern will, per Unterschrift unterstützt hätten, sind es aktuell »nur« 24 Prozent. Parallel dazu ist der Anteil derer, die ihre Unterschrift gegen ein Asylbewerberheim ausdrücklich nicht geben würden, von 41 Prozent auf 51 Prozent gestiegen. In den letzten rund 20 Jahren ist die Ablehnung dabei im Westen wie im Osten zurückgegangen, im Westen allerdings deutlich stärker als im Osten. Der Anteil in dieser Frage Unentschiedener liegt in West wie Ost etwas höher als 1992 (Schaubild 17).

Schaubild 17

Weniger starke Ablehnung von Asylbewerberheimen in der Bevölkerung als vor rund 20 Jahren



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

### Zwei Drittel der Bevölkerung können sich vorstellen, Asylbewerber zu unterstützen, vor allem durch konkret-persönliche Hilfen

Auch wenn nur rund ein Viertel der Bevölkerung für die Errichtung eines Asylbewerberheims Partei ergreifen würde, können sich große Teile der Bevölkerung vorstellen, Asylbewerber aktiv zu unterstützen. So käme es für eine Mehrheit infrage, Sachspenden wie z. B. Kleider, Möbel oder Spielsachen an Asylbewerber zu geben. Jeweils zwischen einem Drittel und einem Viertel der Bevölkerung würde Asylbewerbern helfen, Deutsch zu lernen, oder bei Behördengängen bzw. dem Ausfüllen von Formularen zur Seite stehen. Rund ein Viertel der Bevölkerung würde Asylbewerbern auch helfen, Kontakte zu knüpfen, indem sie sie z. B. in den eigenen Sportverein mitnehmen würden. Die eigene Unterschrift im Rahmen einer Unterschriftenaktion zur Verbesserung der Lage von Asylbewerbern zu geben, käme dagegen – obwohl mit wenig physischem, zeitlichem oder monetärem Aufwand verbunden – für nur 18 Prozent der Bevölkerung infrage, Geldspenden für nur 13 Prozent. Für jeweils nur sehr kleine Teile der Bevölkerung – deutlich weniger als 10 Prozent – wäre es vorstellbar, in dieser Frage Leserbriefe oder Mails an Politiker zu schreiben, auf der Straße Spenden oder Unterschriften zu sammeln oder einen Asylbewerber bei sich aufzunehmen. Hier zeigt sich noch einmal, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, sich in dieser Frage zu exponieren, – trotz ansonsten großer Hilfsbereitschaft – offenbar gering ist.

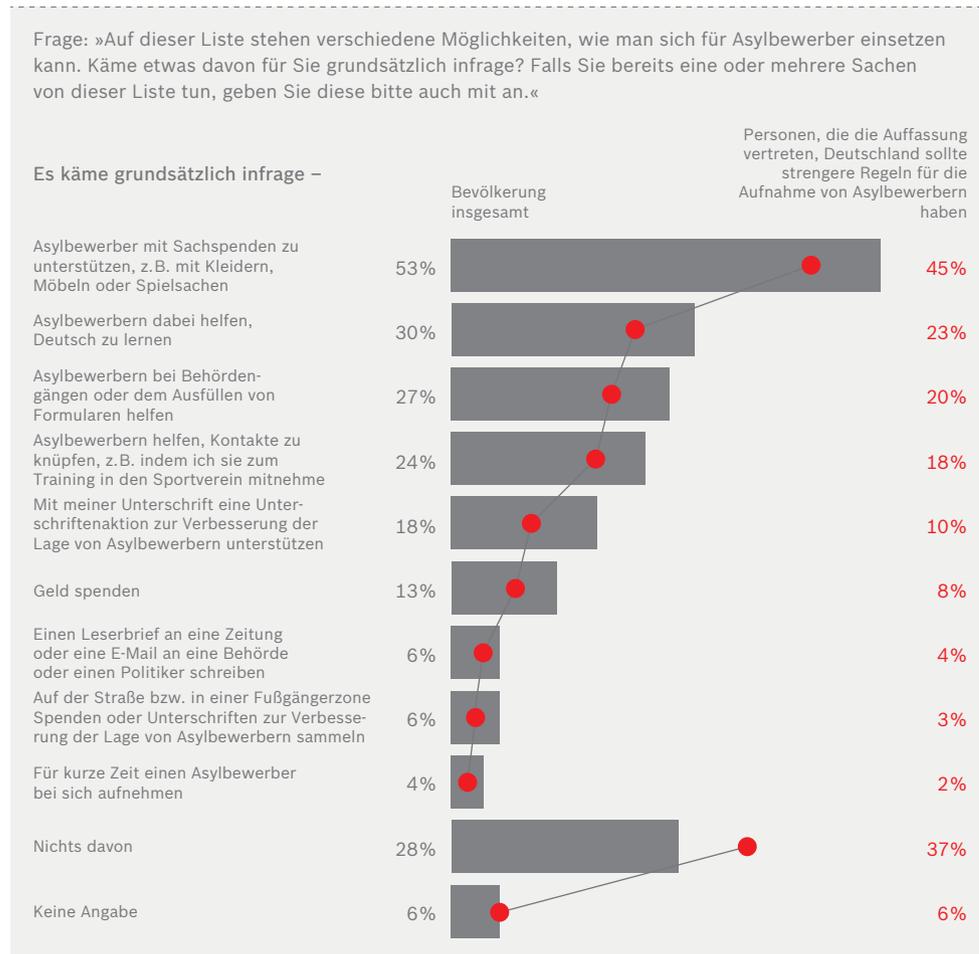
Insgesamt können sich rund zwei Drittel der Bevölkerung vorstellen, Asylbewerber in mindestens einer der genannten Weisen zu unterstützen. Im Durchschnitt kommen für diese Gruppe 2,7 Arten der Unterstützung infrage. 28 Prozent der Bevölkerung würden Asylbewerber dagegen in keiner der genannten Weisen unterstützen wollen, 6 Prozent machen dazu keine Angabe.

Für Personen, die für strenge Asylregeln plädieren und nur wenige Asylbewerber in Deutschland aufnehmen wollen, liegen die Anteile derer, die sich vorstellen könnten, Asylbewerber auf die genannten Weisen zu unterstützen, erwartungsgemäß unter den Anteilen für die Gesamtbevölkerung. Dennoch käme auch in dieser Gruppe eine persönliche Unterstützung von Asylbewerbern für 57 Prozent – also mehrheitlich – infrage (Schaubild 18).<sup>6</sup>

6 In dieser Gruppe können sich 37 Prozent keine der genannten Arten der Unterstützung vorstellen, weitere 6 Prozent machen keine Angabe, d. h. zusammen 43 Prozent. Für die übrigen 57 Prozent kommt mindestens eine der genannten Arten der Unterstützung infrage.

Schaubild 18

### Die Mehrheit der Bevölkerung würde Asylbewerber unterstützen – auf vielfältige Weise



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Unterzieht man die Nennungen zu den Unterstützungsleistungen einer Faktoren-analyse, zeigen sich deutlich zwei, in den Augen der Bevölkerung unterschiedene Grundformen der Unterstützung: Unter persönlich-konkrete Hilfestellungen fallen Sachspenden und persönliche Hilfen beim Deutschlernen, bei Behördenangelegenheiten sowie beim Knüpfen von Kontakten. Zu den abstrakt-politischen Hilfen zählen, Geld zu spenden, bei einer entsprechenden Unterschriftenaktion zu unterschreiben oder selbst Unterschriften oder Spenden zu sammeln, sowie Leserbriefe an Zeitungen oder Mails an Politiker zu schreiben (Schaubild 19).

Schaubild 19

## Zwei Arten von Unterstützungsleistungen – Ergebnisse einer Faktorenanalyse

Konkret-persönliche Hilfe	Abstrakt-politische Hilfe
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Asylbewerber mit Sachspenden unterstützen, z.B. mit Kleidern, Möbeln oder Spielsachen</li> <li>■ Asylbewerbern dabei helfen, Deutsch zu lernen</li> <li>■ Asylbewerbern bei Behördengängen oder dem Ausfüllen von Formularen helfen</li> <li>■ Asylbewerbern helfen, Kontakte zu knüpfen, z.B. indem man sie zum Training in den Sportverein mitnimmt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Mit seiner Unterschrift eine Unterschriftenaktion zur Verbesserung der Lage von Asylbewerbern unterstützen</li> <li>■ Geld spenden</li> <li>■ Einen Leserbrief an eine Zeitung oder eine E-Mail an eine Behörde oder einen Politiker schreiben</li> <li>■ Auf der Straße bzw. in einer Fußgängerzone Spenden oder Unterschriften zur Unterstützung von Asylbewerbern in Deutschland sammeln</li> </ul>
Jeder Punkt im Durchschnitt von 34 Prozent der Bevölkerung genannt	Jeder Punkt im Durchschnitt von 11 Prozent der Bevölkerung genannt
Nicht zugeordnet: »Für kurze Zeit einen Asylbewerber bei sich aufnehmen« (4 Prozent)	

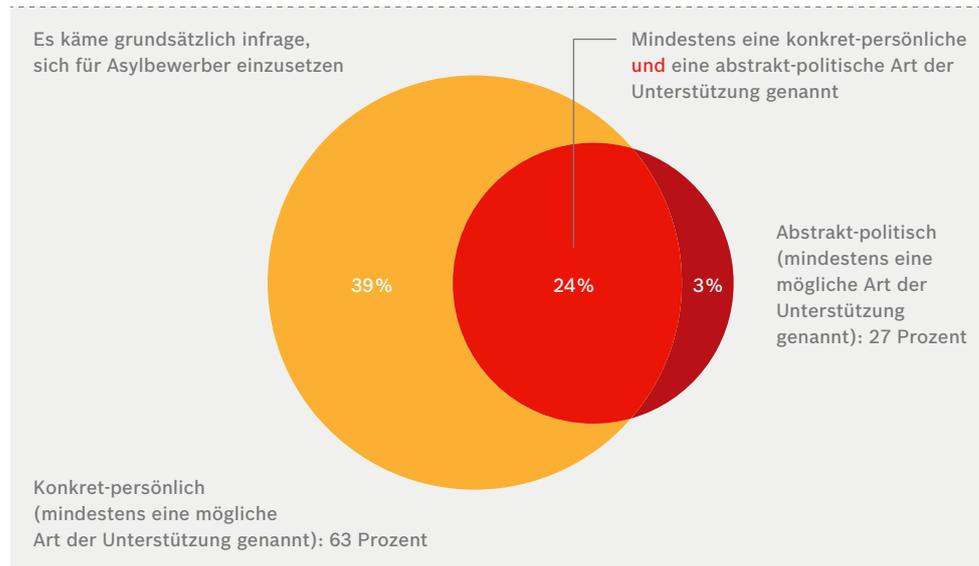
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Teilt man die Bevölkerung entsprechend dieser Zweiteilung der Unterstützungsleistungen in Gruppen ein, je nachdem, ob sie sich vorstellen könnten, Asylbewerber mindestens auf eine der genannten Arten konkret-persönlich zu unterstützen, bzw. auf mindestens eine der genannten Arten abstrakt-politisch zu unterstützen, lassen sich drei große Gruppen in der Bevölkerung identifizieren: Zum einen Personen, die sich ausschließlich konkret-persönliche Hilfsleistungen vorstellen könnten. Mit 39 Prozent stellen diese »konkret-persönlich Hilfsbereiten« die größte Gruppe. Daneben stehen Personen, die sich vorstellen könnten, Asylbewerber sowohl konkret-persönlich als auch abstrakt-politisch zu unterstützen. Rund jeder Vierte gehört zu den in diesem Sinne »umfassend Hilfsbereiten«. Eine ausschließlich abstrakt-politische Unterstützung von Asylbewerbern kommt dagegen für kaum jemanden infrage. Als dritte große Gruppe verbleiben diejenigen, die Asylbewerber auf keinerlei Weise unterstützen würden oder sich in dieser Frage nicht äußern. Sie machen 34 Prozent der Bevölkerung aus (Schaubild 20).

Schaubild 20

Zwei Unterstützertypen: der konkret-persönlich Hilfsbereite und der umfassend Hilfsbereite



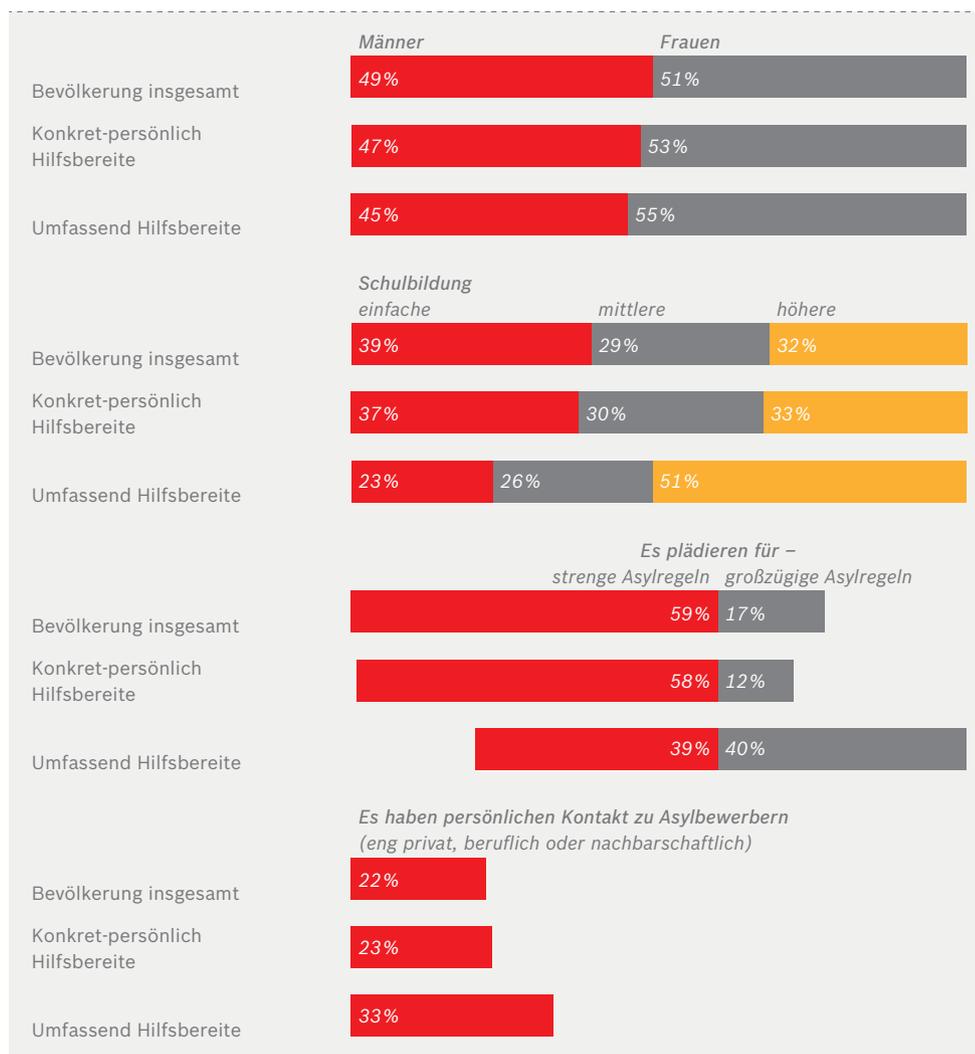
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Das soziodemografische Profil der konkret-persönlich Hilfsbereiten ist dabei dem Profil der Bevölkerung insgesamt sehr ähnlich. Die Verteilungen im Hinblick auf Geschlecht und Schulbildung sowie die Einstellungen zum Asylrecht und die Anteile derer, die persönlichen Kontakt zu Asylbewerbern haben, unterscheiden sich kaum. Anders das Profil der umfassend Hilfsbereiten. Die Anteile derjenigen mit höherer Schulbildung, derjenigen, die für großzügige Asylregeln plädieren, sowie derjenigen, die persönlichen Kontakt zu Asylbewerbern haben, sind deutlich größer als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (Schaubild 21).

Schaubild 21

## Der konkret-persönliche Hilfsbereite und der umfassend Hilfsbereite im Porträt



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

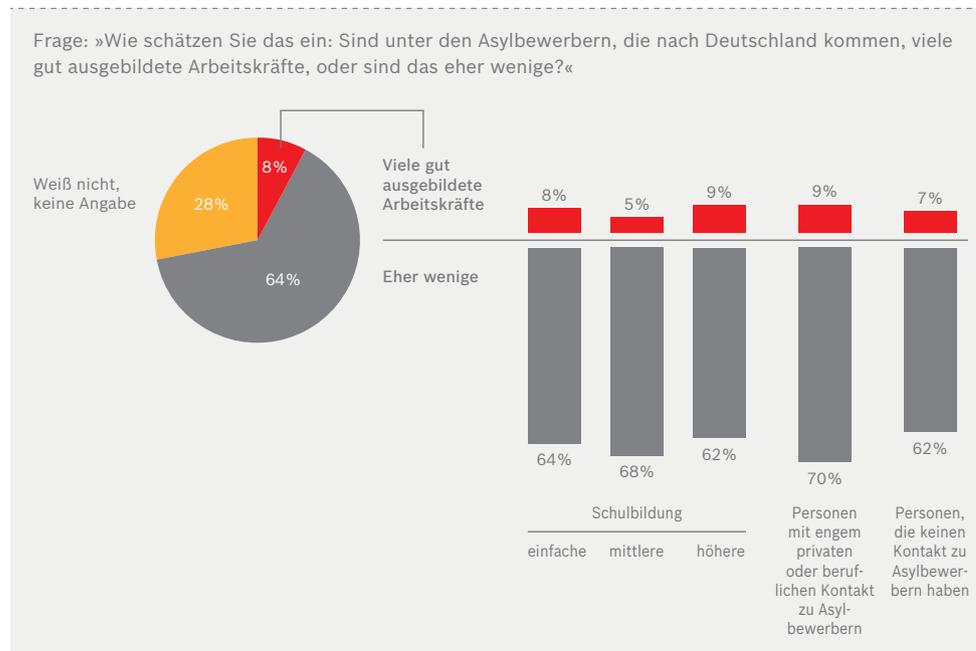
**Asylbewerber als Potenzialträger: Skepsis bei der Qualifikation, aber wer Asylbewerber näher kennt, ist mehrheitlich überzeugt, dass Deutschland von der Arbeitskraft der Asylbewerber profitieren könnte**

Zumeist werden Asylbewerber unter finanziellen bzw. wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Belastung für die Gesellschaft und die öffentlichen Kassen wahrgenommen. Nur langsam wächst die Erkenntnis, dass Asylbewerber auch Potentialträger sind: Arbeitskräfte, die zum Teil gut qualifiziert sind und von denen die deutsche Wirtschaft auch profitieren könnte.

Davon, dass sich unter den Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen, viele gut ausgebildete Arbeitskräfte finden, ist mit 8 Prozent allerdings nur ein sehr kleiner Teil der deutschen Bevölkerung überzeugt. Zwei Drittel gehen dagegen davon aus, dass nur wenige Asylbewerber gute Qualifikationen mitbringen. Diese Skepsis gegenüber dem Ausbildungsstand von Asylbewerbern geht dabei quer durch verschiedene Bevölkerungsgruppen und findet sich ähnlich ausgeprägt insbesondere auch in solchen Teilgruppen, die in anderen Fragen eine überdurchschnittlich positive Meinung über Asylbewerber äußern, d. h. bei Personen mit höherer Schulbildung oder Personen, die engen privaten oder beruflichen Kontakt zu Asylbewerbern haben (Schaubild 22).

Schaubild 22

Nur eine kleine Minderheit glaubt, dass unter den Asylbewerbern in Deutschland viele gut ausgebildete Arbeitskräfte sind



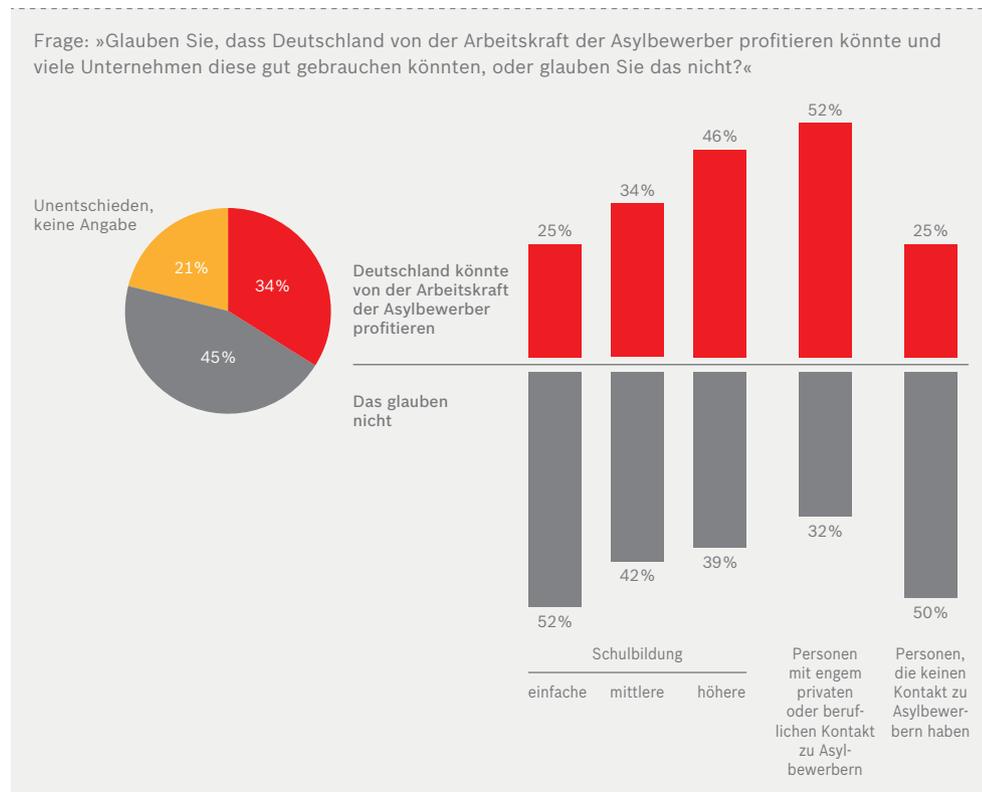
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Davon, dass Deutschland von der Arbeitskraft der Asylbewerber profitieren könnte, ist dagegen ein wesentlich größerer Teil der Bevölkerung überzeugt. Rund jeder Dritte glaubt, viele Unternehmen könnten Asylbewerber als Arbeitskräfte gut gebrauchen, 45 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. In dieser Frage zeigt sich wieder eine ausgeprägte Bildungsabhängigkeit: Unter Personen mit höherer Schulbildung ist eine relative Mehrheit überzeugt, die deutsche Wirtschaft könnte profitieren. Personen mit einfacher Schulbildung glauben das dagegen mehrheitlich nicht. Personen, die Asylbewerber persönlich kennen, weil sie engen privaten oder beruflichen Kontakt zu Asylbewerbern haben, vertreten zu über 50 Prozent die Ansicht, dass viele Unternehmen in Deutschland die Arbeitskraft der Asylbewerber gut gebrauchen könnten (Schaubild 23).

Schaubild 23

Rund ein Drittel der Bevölkerung ist überzeugt, dass Deutschland von der Arbeitskraft der Asylbewerber profitieren könnte



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

# Die Robert Bosch Stiftung und das Institut für Demoskopie Allensbach

## Über die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861 - 1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft und Kultur. Sie betreibt in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Von 1964 bis 2013 gab die Stiftung 1,2 Milliarden Euro für die Förderung aus. Im Jahr 2013 wurden rund 70 Millionen Euro bewilligt.

## Über das Institut für Demoskopie Allensbach

Das 1947 gegründete Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach ist eines der renommiertesten Meinungsforschungsinstitute in Deutschland. Es war das erste Institut, das die in Amerika entwickelte Methode der Repräsentativbefragung in Deutschland anwendete.

Das IfD Allensbach deckt die gesamte Bandbreite der Umfrageforschung ab, von der Marktforschung und Media-Analysen über die Sozialforschung und die aktuelle politische Meinungsforschung bis hin zu Umfragegutachten für die Rechtspraxis. Durchschnittlich führt das Allensbacher Institut pro Jahr etwa 100 Studien auf Basis von insgesamt etwa 80-90.000 Interviews durch.

Das Institut befindet sich in Besitz der gemeinnützigen Stiftung Demoskopie Allensbach. Aktuelle Untersuchungen werden regelmäßig in der FAZ und in der Wirtschaftswoche veröffentlicht.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung  
Robert Bosch Stiftung GmbH  
Heidehofstraße 31  
70184 Stuttgart  
[www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

Durchführung  
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH  
Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH  
Radolfzeller Straße 8  
78476 Allensbach am Bodensee

Redaktion  
Robert Bosch Stiftung GmbH  
Otilie Bälz  
Ina Bergler

Korrektorat  
Text+Design, Augsburg

Umschlaggestaltung  
Robert Bosch Stiftung GmbH  
Tanja Frey

Layout  
siegel konzeption | gestaltung, Stuttgart

Copyright 2014  
Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart  
Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-939574-41-5



